

**MINISTERPRÄSIDENT**  
OLIVER PAASCH

**REGIERUNGSERKLÄRUNG ZUR  
LAGE DER DEUTSCHSPRACHIGEN  
GEMEINSCHAFT**

**21.09.2020**

**„Die richtigen Lehren aus der  
Krise ziehen!“**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir durchleben Zeiten schwerer Krisen und neuer Chancen.

## **1. DIE SANITÄRE KRISE**

Das Coronavirus hält die Welt weiterhin in Atem.

Am 20. Juli haben wir Ihnen eine Regierungsmitteilung zur Coronakrise vorgestellt und in aller Transparenz eine erste Zwischenbilanz gezogen.

Damals hatten sich 14 Mio. Menschen mit dem Virus infiziert. Diese Zahl hat sich in den letzten 8 Wochen mehr als verdoppelt.

Mittlerweile haben sich fast 31 Millionen Menschen infiziert. Etwa 1 Million Menschen sind mit Covid-19 gestorben. Zahlreiche Krankenhaussysteme sind inzwischen kollabiert. Andere kämpfen nahe an der Belastungsgrenze ums nackte Überleben.

Die DG hat in den letzten Monaten nahezu alle Instrumente ihrer Autonomie gezielt eingesetzt, um die Menschen in Ostbelgien vor größerem Schaden zu bewahren.

Wir haben alles in unserer Macht Stehende getan, um den Menschen in unserer Gemeinschaft zu helfen.

Darüber haben wir uns hier am 20. Juli in einer - von fast allen Fraktionen - sehr konstruktiv geführten Debatte ausführlich unterhalten.

Ich brauche das damals Gesagte nicht zu wiederholen.

An dieser Stelle möchte ich nur 10 Beispiele in Erinnerung rufen, die das entschlossene Handeln unserer Regierung und unseres Parlamentes in dieser Krisenzeit dokumentieren:

1. Wir haben eine Zuschussgarantie beschlossen, die dem gesamten nicht-kommerziellen Sektor zugutekommt.
2. Wir haben einen Corona-Hilfsfonds in Höhe von 10 Mio. EUR eingerichtet, um gemeinnützigen Organisationen, Sozialeinrichtungen und Krankenhäusern zu helfen.
3. Wir haben beschäftigungspolitische Anreize geschaffen, um arbeitssuchende Menschen schneller in Arbeit zu bringen.
4. Wir haben 2,4 Mio. EUR vorgesehen, um unsere Gemeinden und ÖSHZ zu unterstützen.

Unsere Gemeinden erhalten eine sehr viel höhere Unterstützung als alle anderen Gemeinden unseres Landes.

5. Wir haben den Bildungshaushalt um 2 Mio. EUR erhöht, unter anderem, um die digitale Ausrüstung in unseren Schulen zu verbessern.
6. Wir haben die finanzielle Aufwertung des Pflegepersonals vorgezogen. Das Personal in unseren Wohn- und Pflegezentren wird in Kürze Gehaltserhöhungen von bis zu 23% erhalten und folglich hierzulande deutlich mehr verdienen als im Landesinnern.
7. Wir haben unsere Investitionen in die Kleinkindbetreuung um 50 % erhöht, unter anderem um allen Tagesmüttern eine Einkommensausfallentschädigung zu gewähren, die im Übrigen weit über dem liegt, was die Tagesmütter in der Französischen Gemeinschaft erhalten.
8. Wir haben die Mittel für das Kindergeld erhöht, um einkommensschwache Familien zu unterstützen. Das hat keine andere Gemeinschaft unseres Landes getan.
9. Wir haben ein Hilfspaket in Höhe von 2 Mio. EUR für den Tourismussektor geschnürt und den HORECA-Betrieben Prämien ausgezahlt, die weit über dem nationalen Durchschnitt liegen.
10. Wir haben 5 Mio. EUR in den Ankauf von Schutzmaterialien für den Gesundheits- und Pflegesektor investiert.

Die Zahl der Neuinfektionen in unserem Land ist seit dem 20. Juli dank der Maßnahmen des Nationalen Sicherheitsrates zunächst deutlich gesunken; steigt aber seit einigen Tagen wieder exponentiell an.

Die aktuelle Entwicklung mahnt uns zur Vorsicht; aber sie ist nicht mit der Situation vom März dieses Jahres vergleichbar.

Sie ist noch nicht dramatisch, weil die Anzahl der Krankenhausaufenthalte zwar inzwischen ebenfalls spürbar steigt, aber in einem viel geringeren Ausmaß als vor 6 Monaten.

Vor 6 Monaten standen wir kurz vor dem Zusammenbruch des gesamten Krankenhauswesens.

Davon sind wir heute zum Glück weit entfernt; ein neuerlicher nationaler Lockdown steht nicht zur Debatte.

Wir setzen uns in diesen Tagen mit Nachdruck dafür ein, dass der Nationale Sicherheitsrat am Mittwoch dieser Woche eine neue Philosophie beschließt, die es uns ermöglicht, die verbleibenden Monate bis zur Fertigstellung eines

Medikamentes oder eines Impfstoffes gleichsam in größtmöglicher Freiheit und in Solidarität zu unseren Mitmenschen zu überbrücken.

Die Regierung der DG fordert seit Wochen einfachere und nachvollziehbarere Verhaltensregeln.

Wir setzen uns ein für mehr Eigenverantwortung und mehr gesunden Menschenverstand.

Wir setzen uns ein für verständliche Empfehlungen statt komplizierter Regeln und Strafen.

Natürlich waren die seit März beschlossenen Einschränkungen notwendig, um den kompletten Zusammenbruch unseres Gesundheitswesens zu verhindern. Sie waren notwendig, um Menschenleben zu retten.

Es kann und darf aber auf Dauer nicht die Aufgabe des Staates sein, das Privatleben der Menschen bis ins letzte Detail zu reglementieren und zu organisieren. Das hält ein demokratischer Staat nicht lange durch.

Deshalb ist die Zeit jetzt reif für eine neue Philosophie.

Eine Philosophie, die die Menschen verstehen und nachvollziehen können; eine Philosophie, die für die Menschen einen Sinn ergibt und an der sie sich zu orientieren bereit sind.

Mittlerweile wurde das Expertengremium CELEVAL, das den Nationalen Sicherheitsrat berät, völlig neu besetzt.

Vertreter aus unterschiedlichen akademischen Disziplinen, insbesondere aus den Bereichen Psychologie und Soziologie wurden verstärkt einbezogen.

Auch die DG ist dort seit einigen Wochen durch den ehemaligen Ersten Präsidenten des belgischen Staatrates, Herrn Yves Kreins, vertreten.

Wir hoffen sehr, dass der NSR am Mittwoch neue Weichen stellen wird. Als DG können wir darüber nicht entscheiden. Aber wir setzen uns dafür ein.

Mit der sanitären Krise geht nämlich eine gesellschaftliche Krise, ja, eine Vertrauenskrise einher.

## **2. DIE VERTRAUENSKRISE**

Es fehlt zunehmend an Vertrauen: in die Politik, in seriöse Medien, in die Wissenschaft und in vieles, das bislang als vertrauenswürdig galt.

Das aufgeheizte Klima in sozialen Medien spiegelt die Frustration und Unzufriedenheit vieler Bürgerinnen und Bürger wider.

Dies kann und darf nicht ignoriert werden.

Es liegt in der Verantwortung des Staates, sich das Vertrauen der Menschen durch seriöse, fundierte und transparente Arbeit zu verdienen.

Es wäre zu einfach und schlicht falsch, berechnete Kritik von Bürgerinnen und Bürgern pauschal abzutun.

Die freie Meinungsäußerung gehört zu den höchsten Gütern in unserer Demokratie.

Ohne Angst vor Repressalien Kritik an politischen Entscheidungen äußern zu dürfen, gehört zu unseren fundamentalen Grundrechten.

Die Aufgabe von uns Politikern besteht darin, die Fragen, Sorgen und Vorschläge kritischer Menschen ernst zu nehmen und in einem sachbezogenen Dialog auf Augenhöhe zu diskutieren.

Wir Politiker dürfen den Dialog mit unseren Kritikern nicht abbrechen lassen.

Wir dürfen sie erst recht nicht vorschnell in eine Ecke stellen, in die sie nicht hineingehören und in der sie sich nicht befinden wollen.

Wenn wir den ernstgemeinten Dialog aufgeben, droht sich unsere Gesellschaft in radikalisierte Pole zu spalten, die sich feindlich, aggressiv und unversöhnlich gegenüberstehen.

Dann droht aus der Vertrauenskrise eine existentielle Krise der Demokratie zu werden.

Stattdessen müssen wir Kritik zulassen; wir müssen auf unsere Kritiker zugehen; wir müssen unseren Kritikern aktiv und ehrlich zuhören; ... wir müssen Brücken bauen.

Eine kritische Grundeinstellung zu politischen Entscheidungen ist kein Makel; sondern für den Bestand der Demokratie unerlässlich.

Die Welt ist alles andere als schwarz und weiß. Vieles ist nun mal grau.

Die Wahrheit liegt oftmals in der Mitte.

Einfache Antworten auf komplexe Fragen gibt es nur in seltenen Ausnahmefällen.

Wir müssen parteiübergreifend darauf achten, dass redlich gemeinte Kritik nicht von Gruppierungen missbraucht wird, die es schlecht mit den Menschen meinen.

In Krisenzeiten erleben nämlich die Feinde der Demokratie, Populisten, Rechtsextreme, Linksradikale, Verschwörungserzähler und Verbreiter von Fake News Hochkonjunktur. Das war schon immer so.

Populisten und Extremisten versuchen in solchen Zeiten, die Ängste der Menschen für fragwürdige Ziele zu missbrauchen.

Sie wittern ihre Chance, verunsicherte Menschen in einen demokratiezersetzenden Bann zu ziehen.

Dagegen müssen wir uns wehren!

Die Devise „Wehret den Anfängen“ muss uns heute mehr denn je eine Aufforderung sein.

Das Gefühl, „die da oben verbergen doch was“ oder „Politiker sind alle korrupt und wollen uns für dumm verkaufen“, wird von Hetzern und Hassrednern dreist und gezielt angefacht.

Das ist beunruhigend und gefährlich.

Die Regierung wird weiterhin den Dialog suchen und Brücken bauen.

Eines sei aber klargestellt:

Fake News, persönliche Beleidigungen, Verleumdungen und menschenverachtende Hetze haben nichts mit kritischer Meinungsäußerung zu tun.

Immanuel Kant hat einmal sinngemäß gesagt: „Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt“.

Ein ernstgemeinter Dialog setzt den Respekt vor Andersdenkenden voraus.

Wir brauchen gerade in Krisenzeiten eine gesunde Streitkultur, in der Argumente redlich ausgetauscht und persönliche Verletzungen unterlassen werden.

Leider haben wir in den letzten Wochen erleben müssen, dass manch einer den Boden einer gesunden Streitkultur verlassen hat. Wir haben Hassreden und Gewaltandrohungen gegen Politiker und Wissenschaftler erlebt. Wir erleben, dass Familien auseinandergerissen und Freundschaften beendet werden, weil man sich nicht mehr „vernünftig“ unterhalten kann.

Das ist zutiefst bedauerlich.

Die Geschichte hat uns mehr als einmal schmerzhaft gelehrt, was passieren kann, wenn nicht mehr zur Sache sondern gegen den Menschen gesprochen wird; wenn es nicht mehr um die Sache sondern um persönliche Verunglimpfung geht.

Wir brauchen wieder mehr Achtung vor der Würde des Menschen, mehr Mitmenschlichkeit und mehr Respekt vor der Meinungsvielfalt.

Für unseren Kollegen Harald Mollers wurde leider die Grenze des Zumutbaren überschritten.

Er tritt von seinem Amt zurück, weil der Preis, den er und seine Familie zu zahlen haben, ihm zu hoch geworden ist.

Lieber Harald, Du weißt, dass wir Deine Entscheidung sehr bedauern.

Aber wir können Dich und Deine Beweggründe verstehen.

Die Regierung der DG möchte sich sehr herzlich für Deine Arbeit bedanken.

Du hast Dich während mehr als einem Jahrzehnt für unsere Gemeinschaft eingesetzt und dabei manches Opfer bringen müssen.

Wir haben großen Respekt vor Dir als Mensch und vor Deiner Leistungsbilanz.

Wir wünschen Dir für Deine private und berufliche Zukunft alles Gute.

Selbstverständlich wünschen wir auch Deiner nominierten Nachfolgerin viel Erfolg.

Liebe Lydia Klinkenberg, Du kannst Dich auf unsere Unterstützung verlassen!

### 3. DIE WIRTSCHAFTSKRISE

Neben der Gesundheits- und Vertrauenskrise führt Corona zu einer dramatischen Wirtschaftskrise; zu einem in Friedenszeiten nie gekannten Einbruch der Wirtschaftsparameter.

Die OECD prognostiziert für das 2. Halbjahr 2020 einen weltweiten Rückgang des Brutto-Inlandsproduktes um mindestens 6%.

In Belgien wird für 2020 ein Rückgang von 7,5 % erwartet.

Die Einnahmen der DG sinken nach heutigem Stand der Dinge in den Jahren 2020 und 2021 um insgesamt 36 Mio. EUR.

Gleichzeitig sind zur Bewältigung der Krise erhebliche Mehrausgaben erforderlich.

Alleine im laufenden Jahr 2020 investiert die DG bereits 38,5 Mio. in konkrete Hilfsmaßnahmen. Ich habe eingangs einige Beispiele genannt.

Vor dem Hintergrund der Corona-bedingten erheblichen Mehrbelastungen bieten sich der Regierung nun zwei Optionen:

- 1) Entweder am Ziel der schwarzen Null in dieser Legislaturperiode festhalten und die DG kaputtsparen,
- 2) oder aber notwendige Hilfen und Investitionen tätigen, um die Tragweite der Krise möglichst zu begrenzen und die Zukunft unseres Standortes zu sichern.

Die Regierung bevorzugt die zweite Option.

In diesen Krisenzeiten kommt es darauf an, den Menschen zu helfen. Es gilt, den Lebens- und Wirtschaftsstandort Ostbelgien durch konsequente Investitionen zu stärken.

Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Heimat auch nach der Krise eine Region mit hoher Lebensqualität bleibt, in der die Menschen sich entfalten und reichhaltige Lebensperspektiven nutzen können.

Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Virus alles zerstört, was unsere Vorfahren aufgebaut haben.

Wir müssen jetzt alle Voraussetzungen dafür schaffen, dass es sich auch nach der Krise in Ostbelgien gut leben und arbeiten lässt!

Und das wird ohne Investitionen nicht möglich sein.

Wir müssen die richtigen Lehren aus der Krise ziehen.

Und wir müssen bereit sein, diese Lehren zu finanzieren.

Zu diesem Zweck schlägt die Regierung Ihnen vor, ein ehrgeiziges Investitionspaket für die nächsten 10 Jahre auf den Weg zu bringen.

Wir schlagen vor, bis 2029 die Summe von 600 Mio. EUR in die Sicherung, Stärkung und Weiterentwicklung unseres Standortes zu investieren; davon alleine 180 Mio. EUR in den Klimaschutz.

Das ist ohne jeden Zweifel ein nie dagewesener Kraftakt.

600 Mio. EUR... Ja, das ist eine hohe Summe; aber dieses Geld werden wir nach unserer Überzeugung brauchen, um in der Infrastrukturpolitik unserer Gemeinschaft die notwendigen Lehren aus dieser Krise zu finanzieren.

#### **4. CHANCEN UND HANDLUNGSBEDARFE**

In fast allen Zuständigkeitsbereichen der DG hat Corona nämlich große Investitionsbedarfe aufgezeigt.

Die Regierung hat sich frühzeitig mit der Frage auseinandergesetzt, welche Auswirkungen die Krise konkret auf die Zukunftsgestaltung unserer Gemeinschaft haben wird, wo neue Unterstützungen nötig werden, wo neue Zukunftsprojekte geschaffen, bestehende Projekte angepasst oder gar verworfen werden müssen.

In einer umfangreichen Orientierungsnote hat die Regierung die bisherigen Erkenntnisse verschriftlicht. Das Dokument liegt der Regierungserklärung als Anlage bei.

Auch wenn das Leitbild „Ostbelgien leben 2025“ in großen Teilen nach wie vor aktuell ist, so legt die Coronakrise dennoch zahlreiche neue Risiken, Schwächen, Herausforderungen, aber auch Stärken und Chancen offen.

Es wird wohl noch einige Monate dauern, bis die Pandemie für beendet erklärt werden kann.

Uns fehlt leider der zeitliche Abstand, um abschließende Erkenntnisse gewinnen zu können.

Dennoch lassen sich jetzt schon Trends erkennen, die unser Regierungshandeln beeinflussen werden.

Grundlegende Thesen und Ziele hat die Regierung in **sieben Handlungskorridoren** festgehalten.

Wir möchten heute anhand von 20 Projekten beispielhaft aufzeigen, **welche Lehren wir aus der Krise ziehen können**.

##### **1) Gesundheit und Seniorenpflege stärken, die Inklusion fördern**

Der Erhalt von zwei Krankenhausstandorten und der Ausbau einer bürgernahen, vernetzten Gesundheitsversorgung mit effizienten Unterstützungsstrukturen wurden bereits 2008 im Leitbild des REK als Ziele verschriftlicht.

Diese Ziele bleiben aktuell. Wir sind ganz sicher auf dem richtigen Weg, wenn wir uns für eine möglichst dezentrale und vernetzte Gesundheitsversorgung einsetzen.

Auf der anderen Seite hat die Krise aber verdeutlicht, dass wir die Entwicklung eines resilienten, integrierten Gesundheitssystems noch entschlossener angehen müssen.



Die Coronakrise hat uns allen noch einmal eindrücklich und zum Teil schmerzlich vor Augen geführt, welch hohes Gut die Gesundheit ist.

Und ebenso klar dürfte sein, dass **Vorsorge** und Prävention hierbei extrem wichtig sind.

Die Bedeutung von Gesundheitsaufklärung, Früherkennung und frühzeitiger Behandlung ist seit langem bekannt.

Nichtsdestotrotz ist es weiterhin so, dass nur ein verschwindend kleiner Teil der Ressourcen im Gesundheitswesen in die Prävention investiert wird.

Das muss sich ändern!

Hier bedarf es eines wirklichen Paradigmenwechsels.

Die DG ist bereit, an diesem Paradigmenwechsel mitzuwirken.

2016 erarbeitete die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben im Auftrag der Regierung gemeinsam mit 55 ostbelgischen Akteuren – darunter Krankenkassen, Hausärzte und Krankenhäuser – das Projekt Gesundes Ostbelgien.

Das Projekt zielte darauf ab, Anreize für Gesundheitsdienstleister zu schaffen, die Menschen gesund zu halten, statt sie ausschließlich dafür zu belohnen, dass sie Krankheiten behandeln.

Leider fand dieses Projekt mit Vorbildcharakter damals nicht die Zustimmung des LIKIV.

Im Lichte der Lehren aus der Coronakrise sind wir jedoch der Überzeugung, dass ein solches Projekt mehr denn je seine Existenzberechtigung hat.

Wir werden dieses Projekt deshalb spätestens nach Einsetzung der neuen Föderalregierung erneut in Brüssel vorbringen und für seine Finanzierung werben.

Wir sind sogar bereit, uns selbst finanziell daran zu beteiligen, um den Start des Projekts zu ermöglichen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass mehr Investitionen in die Prävention die Gesundheit der Menschen nachhaltig stärken und die Ausgaben im Gesundheitsbereich unterm Strich langfristig senken würden.

Zukunftsforscher sind übrigens der Meinung, dass die Menschen das Thema „Gesundheit“ nach der Krise sehr viel ganzheitlicher betrachten werden, als das bislang der Fall war.

Das Bewusstsein für gesunde Ernährung, gesundheitliche Prävention und sportliche Betätigung wird voraussichtlich steigen.

Diese Entwicklung birgt für eine ländliche Region wie Ostbelgien zahlreiche neue Chancen:

- Eine gesunde Ernährung mit frischen Lebensmitteln lässt sich zum Beispiel am besten mithilfe von regionalen Produkten gewährleisten, deren Herkunft man nachverfolgen kann und die dank kurzer Wege in einer ländlichen Region wie Ostbelgien immer frisch bereitstehen.

- Das gut ausgebaute Wander- und Radwegenetz, das im Rahmen des REK III-Projekts „Ostbelgien entdecken“ erweitert wird, bietet den Menschen zahlreiche Möglichkeiten, sich sportlich zu betätigen.

Zudem bietet die Gründung des neuen Sportdachverbands „LOS“ die Chance, sportliche Betätigung noch breiter in Ostbelgien zu verankern, zum Beispiel durch die Instandsetzung von Sportstrukturen.

- Zu einer gesunden und nachhaltigen Lebensweise gehört auch der Ausgleich zwischen Arbeit und Freizeit.

Während des Lockdowns konnten viele Ostbelgierinnen und Ostbelgier mehr Zeit mit der Familie verbringen. Sie haben Ostbelgien in aufgewühlten Zeiten als Anker und Ruhepol mit hoher Lebensqualität kennen- und schätzen gelernt.

Hier eröffnen sich zukünftig zahlreiche Möglichkeiten, beispielsweise für den Tourismus, aber auch im Bereich der Arbeits- und Familienpolitik, wo die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie stärker in den Vordergrund rücken könnte.

Die Bewusstseinsbildung für die Vorteile des ländlichen Raums stärken den Standort nach innen, was wiederum positive Auswirkungen auf dessen Vermarktung nach außen hat.

Beim Thema Gesundheitsversorgung kommt unseren **Krankenhäusern** selbstredend eine zentrale Rolle zu.

Die DG verfügt, wie Sie wissen, in diesem Bereich nur über sehr begrenzte Befugnisse. Wir haben zum Beispiel keinen Einfluss auf die Höhe der Gehälter oder die Personalnormen in unseren Krankenhäusern.

Wohl aber können wir verstärkt in die Infrastruktur und Ausstattung der beiden Häuser investieren.

Und das werden wir tun.

Über die heute bereits bekannten Projekte hinaus haben wir in unserem Zehnjahresplan weitere 10 Mio. EUR für Infrastrukturarbeiten in den Krankenhäusern vorgesehen. Hinzu kommen die Ausstattungssubsidien.

Darüber hinaus können wir die Krankenhäuser dabei unterstützen, ihre Strukturen zukunftsfähig zu machen.

In den letzten fünf Jahren haben wir uns resolut für eine bessere Vernetzung der beiden Krankenhäuser eingesetzt.

Wir haben Studien finanziert, die den Erhalt der Häuser unterstützen sollen.

In vielen Fragen standen wir beratend und finanziell zur Seite.

Unser Ziel bleibt, die beiden Krankenhausstandorte in Eupen und St. Vith langfristig abzusichern.

Dieses Ziel werden wir aber nur dann erreichen, wenn beide Häuser ihre Kräfte maximal bündeln, ein gemeinsames medizinisches Angebot erarbeiten und eine gemeinsam getragene solide und effiziente Verwaltungsstruktur schaffen.

Im letzten Jahr konnten diesbezüglich wichtige Fortschritte erzielt werden, zu denen wir beide Häuser ausdrücklich beglückwünschen wollen.

Seit einigen Monaten arbeiten wir als Regierung gemeinsam mit den Verwaltungsräten ergebnisorientiert zusammen, um dieses Ziel in einem offenen und ehrlichen Dialog zu erreichen.

Mittlerweile haben beide Verwaltungsräte eine zukunftsweisende Absichtserklärung genehmigt. Diese Absichtserklärung ist ganz in unserem Sinne.

Sehr gerne werden wir die Krankenhäuser in den kommenden Monaten dabei unterstützen, ihre gemeinsam formulierten Absichten zu verwirklichen.

**Seniorenpflege**, liebe Kolleginnen und Kollegen, war ebenfalls schon immer wichtig.

Die Pflegekräfte waren schon immer Helden unseres Alltags.

Durch die Krise ist das Pflegepersonal nun aber definitiv in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung geraten.

Spätestens jetzt ist jedem bewusst geworden, wie wichtig und wie wertvoll die Arbeit all jener ist, die sich mit Leidenschaft, Herzblut und Menschlichkeit für die Betreuung und Pflege unserer älteren Mitmenschen einsetzen.

Vielen ist jetzt bewusst geworden, wie anstrengend diese Aufgabe ist. Und wie unzureichend die öffentliche Unterstützung für diese Helden unseres Alltags bislang gewesen ist.

Die Arbeitsbelastung ist vielerorts unzumutbar. Die Bezahlung lässt zu wünschen übrig.

Die Regierung der DG darf - ohne arrogant oder besserwisserisch zu erscheinen -, für sich in Anspruch nehmen, diese Probleme frühzeitig erkannt zu haben. Wir haben nicht auf die Krise gewartet, um zu handeln.

Wir hatten bereits unmittelbar, nachdem wir 2019 die Zuständigkeit hierfür erhalten haben, ein wegweisendes Dekret auf den Weg gebracht, um die Handlungsspielräume der Wohn- und Pflegezentren zu vergrößern.

Und wir hatten schon vor der Krise mit den Sozialpartnern eine substanzielle Erhöhung der Gehälter für das Personal in den Alten- und Pflegeheimen vereinbart.

Seitdem wir für die Finanzierung der Wohn- und Pflegezentren zuständig sind, wurde sehr viel mehr Geld in die Zentren, die Pflege und somit in die Bewohner investiert als jemals zuvor.

Nachdem wir die Zuschüsse bereits um 4% erhöht und in diesem Jahr zudem noch auf Rückforderungen für nicht belegte Plätze verzichtet hatten, werden wir jetzt die geplante Aufwertung der Gehälter um mehrere Jahre vorziehen.

Die Personalmitglieder werden schon in wenigen Tagen in den Genuss aller Gehalterhöhungen kommen, die wir in unserem Abkommen mit den Sozialpartnern eigentlich über mehrere Jahre bis 2024 staffeln wollten.

Alle Gehaltserhöhungen werden jetzt sofort und integral in Kraft treten. Das haben die Betroffenen verdient!

Das nächste Projekt, das uns in den kommenden Monaten sehr beschäftigen wird, ist für das Personal wahrscheinlich jedoch noch wichtiger als die erwähnten Gehaltserhöhungen.

Wir haben kürzlich mit den Sozialpartnern vereinbart, bis 2022 die Arbeitsbedingungen und Personalnormen zu verbessern.

Dazu werden wir in den kommenden Monaten einen breiten Dialog mit den Einrichtungen, den Gewerkschaften und den Pflegeverbänden führen.

Mit großem Interesse haben wir am Samstag auch die Empfehlungen der Bürgerversammlung zur Kenntnis genommen.

Bürgerrat und Bürgerversammlung haben sich trotz Coronaeinschränkungen gewissenhaft mit dem Thema „Pflege“ beschäftigt und hervorragende Arbeit geleistet.

Alle Empfehlungen sind wohl durchdacht und entsprechen einem realen Bedarf.

Wir geloben, dass wir den Empfehlungen der Bürgerversammlung nachkommen werden. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um diesen Empfehlungen Taten folgen zu lassen.

Dabei geht es nicht zuletzt um die Frage, welche Maßnahmen neben den Gehaltserhöhungen und der Verbesserung von Arbeitsbedingungen ergriffen werden müssen, um die Pflegeberufe attraktiver zu machen und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Denn wir brauchen jetzt schon zusätzliche Pflegekräfte.

Wenn wir ab 2022 zudem bessere Personalnormen einführen, droht sich der Fachkräftemangel weiter zu verschärfen.

Und wenn wir darüber hinaus auch noch bestehende Wohn- und Pflegezentren ausbauen und neue Wohn- und Pflegezentren errichten, um zusätzliche Plätze zu schaffen, dann werden wir logischerweise noch mehr Personal brauchen.

An diesem Ziel halten wir fest:

Wir wollen, dass jede Frau und jeder Mann in Ostbelgien selbstbestimmt und in Würde altern kann. Jeder Mensch, der einen Platz in einem Wohn- und

Pflegezentrum braucht, muss eine solchen Platz erhalten können; und zwar ohne lange Wartelisten und zu sozial-verträglichen Preisen;

Zu diesem Zweck haben wir in unserem Investitionsprogramm 65 Mio. EUR vorgesehen.

Im nächsten Jahr wird zum Beispiel das neue Wohn- und Pflegezentrum in Kelmis seine Pforten öffnen.

Größere Investitionen stehen beispielsweise auch im Katharinenstift Astenet an.

Und selbstverständlich wollen wir den Ausbau der Angebote dort vorantreiben, wo der Bedarf am größten ist. Wir wollen und wir werden massiv in die Eifel investieren.

Die Planung eines Neubaus für das Wohn- und Pflegezentrum in St. Vith werden wir in den kommenden Monaten aktiv unterstützen.

Gleichzeitig wollen wir Alternativen zu den Zentren schaffen.

Der Ausbau der häuslichen Dienste steht genauso auf dem Programm der Regierung wie die Erarbeitung alternativer Wohnkonzepte.

Natürlich sind wir dabei auf die Mitarbeit der Träger angewiesen.

Die Regierung wird den Rahmen und die finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung stellen, um auch außerhalb der Wohn- und Pflegezentren möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Wir arbeiten darüber hinaus an der Bezahlbarkeit der Angebote für die Bevölkerung.

Ich sagte bereits: wir wollen, dass jede Frau und jeder Mann selbstbestimmt und in Würde altern kann, ohne lange Wartelisten und zu bezahlbaren Tarifen.

Das bedeutet:

Dort, wo das Einkommen nicht ausreicht, muss eine zusätzliche öffentliche Unterstützung möglich sein.

Um diese Unterstützung zu ermöglichen, wollen wir ein Pflegegeld einführen, das direkt an bedürftige Senioren ausgezahlt wird – und zwar ohne einen Eigenanteil der Bevölkerung einzufordern. In diesem Punkt unterscheidet sich das Pflegegeld übrigens von einer Pflegeversicherung. Eine Pflegeversicherung kostet den Einzelnen während vieler Jahre sehr viel Geld; ohne die notwendigen Leistungen im Alter vollumfänglich garantieren zu können. Eine Pflegeversicherung ist mit vielen Unsicherheiten behaftet.

Das ist bei einem Pflegegeld ganz anders.

Wir werden Ihnen hierzu noch in dieser Sitzungsperiode einen entsprechenden Dekretentwurf unterbreiten.

Wer über ein selbstbestimmtes Leben spricht, kommt am Thema Inklusion nicht vorbei.

Die Regierung bekennt sich weiterhin zu der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Mit der Schaffung der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben haben wir den Verwaltungsunterbau für die Förderung der Inklusion gelegt.

Mehrere Initiativen für den Ausbau der Angebote für Menschen mit Behinderung in der Begleitung, der Kinderbetreuung und der Unterstützung im Wohn- und Hilfsmittelbereich wurden bereits in der vergangenen Legislaturperiode ergriffen.

Vieles bleibt aber noch zu tun.

Wir wollen deshalb neue Projekte zur Förderung der Inklusion unterstützen. Dazu zählen wir Begleitprojekte für Menschen mit Doppeldiagnose und die Instandsetzung der Infrastrukturen der Tagesstätten. Für die Renovierung bzw. den Neubau von Beschützenden Werkstätten und Tagesstätten sehen wir in unserem Investitionsprogramm 10 Mio. EUR vor.

## **2) Digitalisierung als Chance für den ländlichen Raum nutzen**

Kaum ein Thema hat in den vergangenen Monaten und Jahren derart an Bedeutung gewonnen wie die Digitalisierung:

Die Coronakrise hat uns eindringlich vor Augen geführt:

Digitale Infrastrukturen sind mittlerweile Bestandteil der „technologischen Grundversorgung“.

Die Krise hat gezeigt, dass die Digitalisierung hilfstellende Instrumente bei der Lösung vieler Probleme bieten kann.

Natürlich ist sie kein Allheilmittel. Sie birgt Risiken und eröffnet Chancen.

Die Digitalisierung wird beispielsweise Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben.

Manche Berufsfelder verschwinden. Gleichzeitig entstehen aber neue Bedürfnisse und Möglichkeiten.

Digitalisierung kann öffentliche und private Dienstleistungen sinnvoll ergänzen, so zum Beispiel im Einzelhandel oder in den Schulen.

Die digitale Revolution hin zu einer Industrie 4.0 ist in vollem Gange, nicht wegzureden und nicht mehr aufzuhalten. Daher ist es umso dringlicher, die Menschen hierauf vorzubereiten und ihnen die nötigen Instrumente an die Hand zu geben.

Für Ostbelgien kann diese Entwicklung eine Chance sein. Eine Chance, die wir aber nur nutzen können, wenn die infrastrukturellen Rahmenbedingungen vorhanden sind.

Wir brauchen dringend eine leistungsstarke Netz-Infrastruktur – und zwar flächendeckend.

Ansonsten drohen wir als ländlich geprägtes Gebiet von urbanen Zentren abgehängt zu werden.

Wenn wir digitale Gerechtigkeit wollen, dann muss hierzulande massiv in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investiert werden.

Trotz zahlreicher Bemühungen müssen wir objektiv feststellen, dass die aktuelle digitale Infrastruktur in Ostbelgien völlig unzureichend ist. 60% unseres Gebietes gelten immer noch als weiße Zone.

Die Strategie der Telekomoperatoren, in ländlichen Gebieten lediglich bestehende Kupferleitungen aufzubessern, statt in zukunftsorientierte Infrastrukturen zu investieren, wird nicht ausreichen, um mit den Herausforderungen der Zukunft Schritt halten zu können.

Vor diesem Hintergrund stellt der flächendeckende Glasfaserausbau – als einzige zukunftsweisende Technologie – für die Lebensregion und den Wirtschaftsstandort Ostbelgien eine wichtige Priorität dar.

Die Regierung hält es für geboten, jetzt selbst die Initiative zu ergreifen. Wir können nicht länger warten. Wir müssen handeln. Und zwar sofort.

Deshalb haben wir unsere Außenbeziehungen genutzt und uns nach Best Practice-Modellen in Europa umgeschaut.

Unsere Freunde in Südtirol beispielsweise standen vor einigen Jahren vor einer ähnlichen Herausforderung. Dort hat man sich ebenfalls nicht auf die Telekomoperatoren verlassen. Stattdessen hat man in Zusammenarbeit mit spezialisierten Partnern eigene, innovative Wege beschritten.

Davon können wir uns inspirieren.

Wir haben vor einigen Monaten das renommierte Institut WIK beauftragt, die Möglichkeit zu untersuchen, das gesamte Gebiet der DG mit Glasfaser auszustatten. Und die Ergebnisse sind überaus vielversprechend.

Wir können und wir werden unser Gebiet flächendeckend mit Glasfaser ausstatten.

Es ist möglich, innerhalb von 4 Jahren 90 % aller Haushalte und Betriebe auf dem Gebiet der DG an das Glasfasernetz anzuschließen.

Genau das haben wir uns vorgenommen.

Ein Glasfaserausbau in diesem Ausmaß ist natürlich alles andere als billig.

Ein substanzieller öffentlicher Anschub ist unabdingbar.

Den Berechnungen des Instituts zufolge müssen wir uns als DG mit 40 Mio. EUR am Glasfaserausbau beteiligen, um eine flächendeckende Abdeckung zu erreichen.

Genau das werden wir tun.

Wir haben in unserem Investitionsprogramm 40 Mio. EUR für den Glasfaserausbau vorgesehen.

Wir denken: das ist gut angelegtes Geld.

Wir hatten uns bekanntlich zu Beginn dieser Legislaturperiode vorgenommen, unsere Gemeinschaft zukunftsfähig zu machen. Das war der Titel unserer ersten Regierungserklärung vor genau einem Jahr.

Ohne eine leistungsfähige digitale Infrastruktur gibt es aber keine Zukunftsfähigkeit.

Alle Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinschaft werden also in absehbarer Zeit Zugang zu einem schnellen, zuverlässigen und zukunftssträchtigen Internetanschluss haben.

Das ist wahrlich ein Meilenstein.

Das ist eine enorme Steigerung der Attraktivität und der Zukunftsfähigkeit unserer Heimat als Lebensraum, als Wirtschafts- und als Innovationsstandort.

Darüber hinaus haben wir ein neues REK-Projekt mit dem Titel „**Digitale Verwaltung**“ ausgearbeitet, um die digitale Zugänglichkeit öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern.

Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, auf einer zentralen Web-Plattform öffentliche Dienstleistungen sowohl der DG als auch der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft und weiterer Behörden in Anspruch zu nehmen.

Wir werden zunächst ein digitales Bürgerportal einrichten, auf dem Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Unternehmen Anträge „auf einen Blick“ abrufen und interaktiv nutzen können.

Gleichzeitig wollen wir den Weg für eine „proaktive digitale Verwaltung“ ebnen.

Öffentliche Dienste werden in naher Zukunft proaktiv, auf digitalem Wege Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen, um sie auf spezifische, ihre Lebens- oder Arbeitssituation betreffende Unterstützungsangebote hinzuweisen.

### **3) Klimawandel: global denken, lokal handeln!**

Das Thema **Nachhaltigkeit** prägt die Regionale Entwicklungsstrategie der DG bereits seit 2008 als Querschnittsthema.

Ziel war es schon damals, vorhandene Ressourcen so zu nutzen, dass auch nachfolgende Generationen ihre Bedürfnisse befriedigen können.

Zentraler Handlungsschwerpunkt war und bleibt der Kampf gegen den globalen Klimawandel.

Tatsächlich warnen Klimaforscher vor dem Erreichen der sogenannten „klimatischen Kippunkte“, nach denen die Folgen für den Planeten unumkehrbar wären.

Es ist also zwingend und dringend erforderlich, dass wir unseren Lebensstil nachhaltiger gestalten und wirksame Lösungen für den Klimaschutz entwickeln.



Mit dem Energie- und Klimaplan hat die DG gemeinsam mit allen neun Gemeinden ein ehrgeiziges Klimaschutz-Programm auf den Weg gebracht.

Diese überbehördliche, gemeinschaftliche Zusammenarbeit ist in Belgien übrigens einzigartig.

Ziel des Plans bleibt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Gebiet der DG bis 2030 um mindestens 50% und bis 2050 um 100% zu senken.

Neben klassischen energiepolitischen Handlungsfeldern werden hier Themen wie die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Entwicklung nachhaltiger Tourismus-Angebote, neue Produktions- und Arbeitsmodelle oder auch die nachhaltige ländliche Entwicklung über die Dorfgruppen und Vereine relevant sein.

Auch in anderen Bereichen wie etwa der Raumordnung ergeben sich neue Potenziale, zum Beispiel durch die Planung beruhigter und sanfter Verkehrsinfrastrukturen oder kleinerer und flexiblerer Büroflächen.

Die neue Zuständigkeit für den Wohnungsbau eröffnet uns ebenfalls völlig neue Möglichkeiten.

Die Resolution des Parlamentes vom 20. Juli 2020 zur „Klimaschutz-Dringlichkeitserklärung“ unterstreicht die Dringlichkeit der Umsetzung effektiver Klima-Maßnahmen auf allen politischen Ebenen.

Zur Umsetzung der Forderungen des Parlaments wird die Regierung **die Mittel für den Klimaschutz jetzt massiv erhöhen**. Insgesamt sehen wir hierfür in unserem Investitionsprogramm bereichsübergreifend **181 Mio. EUR** vor.

Dabei werden wir die Instrumente des europäischen Green Deals nutzen, um Hebeleffekte zu erzeugen und von internationalen Vorbildern zu lernen.

Allein für den mit den Gemeinden erarbeiteten Klimaplan wollen wir 50 Mio. EUR zur Verfügung stellen. Das sind im Schnitt sage und schreibe 5 Mio. EUR pro Jahr.

180 Millionen für den Klimaschutz... innerhalb von 10 Jahren... Das ist ein für unsere Verhältnisse gigantischer Betrag. Das entspricht mehr als 40 % eines ganzen Haushaltes.

Das ist sehr ehrgeizig.

Aber auch das ist gut angelegtes Geld.

Auch diese Investition trägt zur Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinschaft bei.

Und zwar ganz entscheidend.

Wir dürfen nicht nur global denken und lokal reden; wir müssen vor allem lokal handeln.

#### **4) Regionale Wertschöpfung unterstützen**

Auch das Ziel, regionale Wertschöpfung zu fördern, wurde bereits im Leitbild „Ostbelgien leben 2025“ beschrieben.

Im Rahmen des REK-Projekts „Made in Ostbelgien“ eröffnen sich ostbelgischen Betrieben und lokalen Produzenten seitdem interessante Profilierungsmöglichkeiten.

In den letzten Monaten konnten sich viele Ostbelgierinnen und Ostbelgier von den Vorteilen einer regionalen Daseinsvorsorge, kurzer Wege und sicherer Produktherkunft überzeugen.

Das Interesse an regionalen Produkten und das gestiegene regionale Bewusstsein wollen wir jetzt nutzen, um die regionale Wertschöpfung über den Lebensmittelsektor hinaus zu fördern.

Dabei geht es absolut nicht darum, sich abzuschotten. Im Gegenteil, wir sind eine weltoffene und proeuropäische Gemeinschaft. Das wollen wir bleiben.

Ostbelgien bietet gute Voraussetzungen, um die lokale Ebene mit globalen Entwicklungen zu verbinden.

Die Coronakrise hat verdeutlicht, in welchem Maße wir von der weltweit vernetzten Wirtschaft abhängig sind und welche negativen Auswirkungen die Globalisierung mitunter haben kann.

Wir haben jedes Interesse daran, die regionale Wertschöpfung zu fördern.

Zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung soll nicht zuletzt die Einführung einer ostbelgischen **Regionalwährung** beitragen.

Das Projekt einer Regionalwährung ist übrigens keine Erfindung der Regierung. Diese Idee geht auf eine Initiative aus der ostbelgischen Zivilgesellschaft zurück.

Gemeinsam mit den Initiatoren, den Gemeinden und Akteuren der kommerziellen und nicht-kommerziellen Wirtschaft soll die Einführung einer Regionalwährung nachhaltige regionale Wirtschaftskreisläufe begünstigen.

Eine Regionalwährung hat das Potenzial, Ostbelgien als Wirtschaftsstandort zu stärken und Verbraucher langfristig an regionale Produkte zu binden.

Zur Schaffung von Synergieeffekten wollen wir bestehende Initiativen wie das Label „Made in Ostbelgien“ mit der Regionalwährung verzahnen.

Regionalwährungen fördern das Gemeinschaftsgefühl und stärken die regionale Verbundenheit.

Selbstverständlich soll eine Regionalwährung nicht den Euro ersetzen.

Selbstverständlich denken wir an eine komplementäre Währung.

Komplementäre Regionalwährungen gibt es bereits an tausenden Orten in Europa, auch in Belgien, sogar in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Warum nicht in Ostbelgien?

Wir haben uns bereits zweimal mit der Bürgermeisterkonferenz darüber ausgetauscht. Im Sommer wurden zudem Einzelgespräche mit allen Gemeinden und Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft geführt.

Die Ergebnisse dieser Gespräche stimmen uns zuversichtlich, dieses Projekt in den kommenden Monaten entscheidend voranbringen zu können.

## 5) **Solidarität leben**

Ostbelgien zeichnet sich seit jeher durch ein starkes ehrenamtliches Engagement und eine hohe Vereinsdichte aus.

Bereits 2008 wurde im REK-Leitbild das Ziel festgehalten, die Vereinskultur dauerhaft zu stärken und möglichst alle Generationen einzubinden.

Die gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre führte aber trotzdem zu einer stärkeren Individualisierung.

Sie geht nicht spurlos an der ostbelgischen Vereinswelt vorbei, die vermehrt unter Nachwuchsmangel leidet.

Dennoch haben sich sehr viele Ostbelgierinnen und Ostbelgier während der Coronakrise ehrenamtlich engagiert und Solidarität gelebt. Junge Menschen kauften für ältere Nachbarn ein; Masken wurden genäht. Lokale Unternehmer wurden unterstützt.

### Das Ehrenamt hält die Gesellschaft in Ostbelgien zusammen.

Auch das ist eine Chance, die wir nutzen wollen.

Wir wollen die Ehrenamtlichen im Rahmen des REK III-Projekts „Engagiert in und für Ostbelgien“ verstärkt unterstützen und ihre Strukturen absichern.

Auch im Bereich der **Armutsbekämpfung** haben sich dankenswerterweise viele Menschen engagiert.

In einer wohlhabenden, wirklich solidarischen Gesellschaft darf es eigentlich gar keine Armut geben. Trotzdem klafft die Schere zwischen Arm und Reich seit Jahrzehnten immer weiter auseinander. Die Coronakrise droht diese Entwicklung zu beschleunigen. Das dürfen wir nicht zulassen! Dagegen müssen wir etwas unternehmen!

Das wollen wir mit vielfältigen öffentlichen Dienstleistungen tun.

Wir wollen mit mehr als 600 konkreten Angeboten die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Nicht erst seit dem Ausbruch der Coronakrise arbeitet die Regierung an einem Gesellschaftsmodell, das den Menschen Wohlstand und Gleichberechtigung bieten soll.

Gleichberechtigung heißt für uns, dass weder die Herkunft noch das Einkommen über den Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Betreuung, Pflege und Kultur entscheiden dürfen.

Seit dem Beginn der Coronakrise haben Regierung, Parlament, lokale Behörden und zivilgesellschaftliche Akteure darauf hingewirkt, die Bevölkerung mit Angeboten und Investitionen zu unterstützen.

Wir haben eine Zuschussgarantie für die Dienstleister eingeführt, um möglichst alle Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten.

Wir haben zeitlich befristet die Räumungen von Wohnungen ausgesetzt, einen Corona-Sozialzuschlag zum Kindergeld vereinbart, die Mittel für die ÖSHZ erhöht, den Zuschuss für die Lebensmittelbanken verdoppelt und Prämien an die von der Krise besonders hart getroffenen Tourismus-Unternehmen ausgezahlt.

Das waren wichtige Soforthilfen, die tausende Menschen vor Schlimmerem bewahrt haben.

Die sozialwirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden uns allerdings auch nach der sanitären Krise beschäftigen.

Soforthilfen reichen da nicht aus.

Unsere Aufmerksamkeit wird deshalb in den kommenden Monaten und Jahren allen Menschen in Ostbelgien gelten, die vor, während oder nach der Krise in Not geraten und von Armut bedroht sind.

Im Rahmen des REK haben wir bereits letztes Jahr die Ausarbeitung eines Armutsstrategieplans und die Verabschiedung eines Dekretes zur Armutsbekämpfung angekündigt. Daran werden wir uns halten.

Unser Bestreben ist es, die Zusammenarbeit der Dienste und Angebote in Ostbelgien noch besser zu vernetzen und Lücken im System der Armutsbekämpfung zu schließen.

## **6) Netzwerke & Innovation ermöglichen**

In der Coronakrise mussten viele Unternehmen und gemeinnützige Organisationen sehr kreativ werden, um ihren Weiterbestand zu sichern.

Der Erfindergeist war groß und reichte von Lieferservice über Maskenproduktion bis hin zu digitalen kulturellen und sportlichen Angeboten.

Jetzt kommt es darauf an, diese innovative Geisteshaltung langfristig zu verankern.

Anknüpfungspunkte hierzu bieten bestehende Netzwerke und Formate in der Kultur- und Kreativwirtschaft, der Wirtschaftsförderung und im Standortmarketing, die bereits jetzt in mehreren REK-Projekten erarbeitet werden.

Wir wollen passgenaue Angebote schaffen, damit aus ostbelgischen Netzwerken neue Geschäftsideen, Produkte und Wertschöpfung entstehen können.

Doch gilt wie in vielen anderen Bereichen auch bei der Förderung von Innovation: Ostbelgien ist zu klein, um sich selbst zu genügen.

Um Innovation voranzutreiben, wollen wir systematisch auf unsere Netzwerke und effizienten Außenbeziehungen bauen.

Corona hat gezeigt: es liegt in unserem unmittelbaren Interesse, uns proaktiv um starke Partnerschaften in Belgien und in Europa zu bemühen.

Wir wollen unsere Netzwerke stärken und Brücken bauen, in Belgien und in Europa!

Und wir wollen unsere Strategien im Bereich der Außenbeziehungen noch enger auf die Ziele der Standortentwicklung ausrichten und von guten Beispielen im Ausland lernen; so wie wir das jetzt mit unserer Digitalisierungsoffensive und mit der Einführung einer Regionalwährung tun.

## **7) Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit verbessern**

Wir werden keine Mühen scheuen, um Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit gleichermaßen zu steigern.

Die „**Gesamtvision**“ für das Bildungswesen soll hierfür die notwendigen Grundlagen schaffen.

Im Dialog mit den Bildungsakteuren, der Bevölkerung und externen Experten werden seit dem letzten Jahr die Weichen für die Zukunft unseres Bildungssystems gestellt.

Anhand einer soliden Diagnose des Bildungssystems wollen wir bis Ende 2021 die strategischen Ziele der Gesamtvision entwickeln.

Dass Bildung ein bedeutendes Thema in unserer Gemeinschaft darstellt, dokumentiert die hohe Beteiligung an dem im vergangenen Jahr durchgeführten Beteiligungsprozess.

Rund 3.800 Menschen beteiligten sich aktiv an einer Online-Umfrage und an mehreren Dialogveranstaltungen.

Eltern, Lehrer, Schulleiter, Studierende und Vertreter der Wirtschaft brachten sich mit kreativen Ideen in den Entwicklungsprozess ein.

Die hohe Beteiligung hat uns erlaubt, ein umfassendes Meinungsbild zu den aktuellen Stärken und Herausforderungen unseres Bildungssystems zu zeichnen.

Eine bildungswissenschaftliche Analyse soll dieses Meinungsbild jetzt ergänzen.

Anhand objektiver Indikatoren wird in den kommenden zwölf Monaten die Wirksamkeit unseres Bildungssystems gründlich unter die Lupe genommen.

Für die Durchführung dieser Studie haben wir die Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, als Kooperationspartner gewinnen können.

Die Ergebnisse der umfassenden Diagnose wollen wir im Herbst 2021 im Dialog mit allen Bildungsakteuren diskutieren.

Bis Ende 2022 wird dann ein Umsetzungsplan erarbeitet, der die Perspektiven für die Bildungsregion Ostbelgien über das Jahr 2030 hinaus aufzeigen wird.

Schon bei der ersten Bestandsaufnahme haben sich eine Reihe von Handlungsfeldern als relevant erwiesen, die bereits in unserem Regierungsprogramm verankert waren, beispielsweise die Strukturreform in der

mittelständischen Ausbildung, die Weiterentwicklung der Förderpädagogik in den Regelschulen und die Förderung der Mehrsprachigkeit.

Die Arbeit an diesen Projekten wird selbstverständlich parallel zur Entwicklung einer Gesamtvision fortgesetzt.

Im **technischen und beruflichen Sekundarunterricht** und in der **mittelständischen dualen Ausbildung** werden Jugendliche aufgrund unterschiedlicher Problemstellungen zunehmend mit Hürden oder gar Scheitern konfrontiert.

Andererseits bleiben jedes Jahr zahlreiche Lehrstellen unbesetzt.

Der Fachkräftemangel stellt unsere Betriebe und Arbeitgeber vor enorme Herausforderungen.

Beide Systeme haben das längst erkannt und eine Vielzahl von Antworten entwickelt: Teilzeitunterricht, berufliche Integration durch Ausbildungsbegleitung in der dualen Ausbildung, Time-Out, Modul-Unterricht, Teilzertifizierungen, usw..

Es bleibt eine zentrale Aufgabe unseres Bildungssystems, junge Menschen auf ihren späteren Beruf vorzubereiten.

Es liegt in unserer Verantwortung, jedem Menschen einen Weg und eine Perspektive aufzuzeigen, damit er sich und seine Fähigkeiten unter Berücksichtigung seiner Interessen und Möglichkeiten entfalten kann.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, die Attraktivität der technisch-beruflichen Ausbildungen trägerübergreifend für die jugendlichen und erwachsenen Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuchenden zu steigern, indem von ihren Bedarfen und Interessen ausgegangen wird.

Wir brauchen passgenaue Lösungen, damit das individuelle Potenzial eines Jeden optimal gefördert wird.

Die angestrebte **Strukturreform der technisch-beruflichen Ausbildungen** dient genau diesem Ziel. Wir werden sie konsequent vorantreiben.

Trägerübergreifende Zusammenarbeit, fließende Ausbildungsübergänge, betriebsnahe Berufspraktika sowie die optimale Nutzung der Ausbildungskapazitäten auf Ebene der Infrastruktur und des Personals sind wichtige Themenbereiche dieser Reformbestrebung.

Im Mittelpunkt der Reform sollen jedoch nicht nur die Strukturen stehen, sondern vor allem die Jugendlichen selbst.

Alle betroffenen Akteure haben inzwischen ihre Bereitschaft bestätigt, an diesem Projekt mitzuwirken.

Das stimmt uns zuversichtlich.

Auch die Sozialpartner, der WSR und das GABB unterstützen ausdrücklich diese Bemühungen. Dafür sind wir sehr dankbar.

Das GABB wird bei der Gestaltung dieses Prozesses ein sehr wichtiger Partner bleiben.

Wir werden in Kürze ein externes Institut damit beauftragen, uns und alle Betroffenen bei der Umsetzung der Reform zu begleiten.

Gleichzeitig werden wir unsere Arbeit am Projekt „**Gutes Personal für gute Schulen**“ fortsetzen.

In der kommenden Sitzungsperiode werden wir uns auf einen Kernaspekt zur Modernisierung des Dienstrechts konzentrieren: die Einführung von Bezeichnungen bzw. Einstellungen auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn.

Das haben wir kürzlich so mit den Sozialpartnern vereinbart und im Sektorenabkommen festgehalten.

Konkret soll künftig jeder Neueinsteiger im Unterrichtswesen, der die Einstellungsbedingungen erfüllt, auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder eingestellt werden, insofern die betreffende Stelle für mindestens ein Schuljahr zu besetzen ist.

Nach einer dreijährigen Probezeit erlangt das Personalmitglied dann erweiterte Rechte beispielsweise in Bezug auf die Inanspruchnahme von Urlaubsformen.

Ziel der Maßnahme ist es, die Arbeitsplatz- und Lebensplanungssicherheit für qualifizierte Neueinsteiger im Unterrichtswesen zu erhöhen und dadurch dem Lehrermangel entgegenzuwirken.

Wir wollen im Maßnahmendekret 2021 die notwendige Gesetzesgrundlage verankern und die Neuerungen zum Schuljahr 2021-2022 einführen.

Auch die **politische Bildung und Demokratiepädagogik** wollen wir wirksamer fördern.

Die Krise lehrt uns: das ist notwendiger denn je.

Demokratie ist kein Naturgesetz. Sie ist nicht gottgegeben.

Sie lebt von Menschen, die sich für Politik interessieren, die sich im weitesten Sinne politisch engagieren, die sich an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen, die Kompromisse suchen und eine respektvolle Streitkultur pflegen.

Anders ausgedrückt: Demokratie braucht Demokraten.

Schülerinnen und Schüler müssen also befähigt werden, politische Fragestellungen aus unterschiedlichen Perspektiven zu analysieren.

Wir werden die Finanzmittel des Instituts für Demokratiepädagogik massiv erhöhen, damit es in Zusammenarbeit mit der organisierten Zivilgesellschaft und anderen öffentlichen Diensten die Schulen dabei sehr viel besser unterstützen kann. Wir dürfen die Lehrpersonen mit diesem eminent wichtigen Auftrag nicht alleine lassen!

Ferner wollen wir noch sehr viel mehr in Weiterbildungsprojekte investieren, die Jugendliche und Erwachsene dabei unterstützen, Informationen kritisch und wissensbasiert zu hinterfragen.

Wir streben für diesen Bereich eine enge Zusammenarbeit an zwischen dem Institut für Demokratiepädagogik, dem Medienzentrum, der AHS, den Erwachsenenbildungseinrichtungen, den Schulen, den Schulmediotheken, den Ausbildungseinrichtungen und Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft.

Ziel der **Kulturellen Bildung** ist es wiederum, Zugänge zu Kunst und Kultur sowie Auseinandersetzungen mit kulturellem Erbe, kultureller Identität und kultureller Vielfalt zu schaffen.

Kulturelle Bildung ermöglicht kulturelle Teilhabe und Integration.

Außerdem fördert sie die Kreativität und einen bewussten Umgang mit kultureller Vielfalt.

Sie unterstützt die persönliche Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und ermöglicht so ein besseres Verständnis für künstlerische und kulturelle Phänomene.

Auch das wird nach der Krise sehr wichtig sein.

Wir werden Ihnen deshalb in der beginnenden Sitzungsperiode erstmals ein Dekret zur kulturellen Bildung unterbreiten.

Mit diesem Dekret wollen wir nicht zuletzt eine spürbare Aufwertung der Kreativen Ateliers vornehmen und gezielt kreative Ferienateliers fördern.

Ich sagte eben, dass wir keine Kosten und Mühen scheuen werden, um die Bildungsqualität und die Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Und das bedeutet unter anderem, flächendeckend für moderne Schulbauten und eine zeitgemäße digitale Ausstattung zu sorgen.

Folgerichtig haben wir in unserem Investitionsprogramm **für den Schulbau 150 Mio. EUR** vorgesehen.

Kolleginnen und Kollegen,

über die eben beschriebenen 7 Handlungskorridore hinaus, werden wir in all unseren Zuständigkeitsbereichen unser Bestes geben, um die Lebensqualität in Ostbelgien weiter zu verbessern.

Das gilt zum Beispiel für die **Kinderbetreuung**.

Die Kinderbetreuung gehörte schon vor der Krise zu den wichtigsten Schwerpunkten unserer Arbeit.

Für die weitere Verbesserung der Kinderbetreuung hält die Regierung unverändert am Masterplan 2025 fest.



Es bleibt dabei: die Regierung hat den festen Willen, das oberste Ziel des Masterplans, die 100-prozentige Deckung des tatsächlichen Bedarfs an Kinderbetreuung zu erreichen und jedem Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, einen solchen Platz zu garantieren.

Nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis.

Wir sind in Ostbelgien auf einem guten Weg: Wir befinden uns in der Spitzengruppe mit einem der höchsten Deckungsgrade in der Kinderbetreuung in Belgien und in weiten Teilen Europas.

Aber das reicht, wie wir wissen, nicht aus.

Wir wollen deshalb bestehende Betreuungsangebote bedarfsorientiert optimieren und mit innovativen Projekten ergänzen, neue Tagesväter und -mütter für diesen zukunftssträchtigen Beruf begeistern und ihr Statut – im Rahmen unserer Möglichkeiten – attraktiver gestalten.

Das Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung hat in den letzten Monaten einen bedeutenden Strukturwandel mit dem Ziel vorgenommen, seine Dienstleistungen zu optimieren.

Dieser Strukturwandel muss unbedingt fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Wir werden unsere Investitionen in die Kinderbetreuung in den kommenden Jahren drastisch erhöhen, um einen modernen Dienst im Interesse der Eltern und der Kinder anzubieten.

Darüber hinaus wollen wir die Schaffung neuer Betreuungsstrukturen fördern:

In der Eupener Innenstadt ist beispielsweise eine Kinderkrippe mit 36 Plätzen geplant und in der Eupener Industriezone erwägt die Regierung, den Bau einer weiteren Kinderkrippe mit 72 Plätzen zu unterstützen.

Auch die bestehende Kinderkrippe in Hergenrath wird voraussichtlich im kommenden Jahr um eine Einheit erweitert werden.

Wir sind gerne bereit, jeden Antrag in diesem Bereich wohlwollend zu prüfen.

In der Gemeinde Amel gibt es ebenfalls konkrete Überlegungen für den Bau einer Kinderkrippe, die wir mit Nachdruck unterstützen.

Wir prüfen zudem – in Abstimmung mit den Gemeinden –, den Ausbau der Kinderkrippe in St. Vith.

Darüber hinaus sind mittlerweile neue innovative Betreuungsstrukturen entstanden, die wir ausdrücklich begrüßen:

So haben zum Beispiel selbstständige Co-Tagesmütter vor wenigen Wochen in der Eifel einen neuen Standort eröffnet. Im Norden entsteht in den kommenden Monaten ebenfalls ein solches Projekt.

Die Struktur der Tagesmütterhäuser hat sich ebenso bestätigt: in Eynatten ist jetzt ein zweites Tagesmütterhaus an den Start gegangen.

Solche Angebote entsprechen einem realen Bedarf.

Sie helfen uns sehr konkret, die Ziele unseres Masterplans zu erreichen.

Um sie langfristig abzusichern, schlagen wir vor, eine strukturelle Förderung durch die öffentliche Hand ins Auge zu fassen, die sich an der Einkommenssituation der Eltern orientiert.

Darüber hinaus werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, um den Beruf der Tagesmütter aufzuwerten.

Außerdem wollen wir die Arbeitsbedingungen der Kinderbetreuenden verbessern, nicht zuletzt in der außerschulischen Betreuung.

Das Onlineportal zur Kinderbetreuung wird im Oktober 2020 freigeschaltet.

Das System der Elternbeteiligung werden wir einer grundlegenden Reform unterziehen, um insbesondere den hohen administrativen Aufwand zu verringern und die Transparenz für die Eltern zu erhöhen.

Wir arbeiten also weiterhin an einer zukunftsorientierten Familienpolitik.

Und wir nehmen die hierfür notwendigen Finanzmittel in die Hand.

Alleine für den Bau und den Ausbau von Kinderkrippen haben wir jetzt zusätzliche 15 Mio. EUR in unser Investitionsprogramm eingetragen.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Regierungsarbeit betrifft die **Effizienz der öffentlichen Verwaltungen**.

Im Laufe der letzten Jahre sind die Aufgaben der DG – bedingt durch die sechste Staatsreform und die Übernahme regionaler Zuständigkeiten - deutlich erweitert worden.

Seit 2014 ist unser Haushaltsvolumen um fast 70 % gestiegen.

Naturgemäß hat sich der Personalstamm unseres Ministeriums ebenfalls erhöht.

Trotzdem verhängte die Regierung Anfang Juli 2019 einen Ernennungsstopp. Neue Einstellungen dürfen nur noch in besonders begründeten Ausnahmefällen vorgenommen werden.

Wir halten es für notwendig, die gesamte Organisations- und Personalstruktur des Ministeriums und dessen Schnittstellen zu paragemeinschaftlichen Einrichtungen, DGG und anderen Organisationen im Unternehmen DG einem gründlichen externen Audit zu unterziehen.

Konzeptuell möchten wir uns dabei an der grundlegenden Verwaltungsreform orientieren, die die Flämische Gemeinschaft in den Jahren 2018 und 2019 durchgeführt hat.

Regierung und Verwaltung befinden sich in ständigem Austausch mit den flämischen Behörden, um von deren Erfahrungen zu lernen.

Der flämische Ministerpräsident hat der DG seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit explizit zugesichert und seine Verwaltung angewiesen, die DG in ihrem Vorhaben aktiv zu unterstützen.

Das externe Audit soll als Grundlage für eine umfassende Verwaltungsreform dienen.

Das entsprechende Lastenheft musste leider coronabedingt neu ausgeschrieben werden. Dadurch haben wir Zeit verloren.

Das ändert aber nichts an unserem Reformwillen und unseren Zielsetzungen.

Parallel dazu hat die Regierung eine Taskforce Bürokratieabbau eingesetzt, mit dem Ziel, Verwaltungsabläufe und Antragsverfahren im Unternehmen DG zu vereinfachen.

Die Arbeiten der Taskforce sollen im 2. Halbjahr 2022 abgeschlossen werden.

Kolleginnen und Kollegen,

vor der Krise gehörte der **Fachkräftemangel** zu den gefährlichsten Bedrohungen unseres Standortes. Das hat sich durch die Krise trotz steigender Arbeitslosenzahlen nicht geändert.

Bereits vor Corona hatten sich Akteure aus Wirtschaft, Politik, Ausbildung und Beschäftigung zum gemeinsamen Ziel gesetzt, in einem Fachkräftebündnis die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften mit vereinten Kräften voranzutreiben.

Themenschwerpunkte wie Teilqualifizierung, Umschulung, Digitalisierung, Berufswahlorientierung, individuelle Förderung und Unterstützung von Arbeitssuchenden sowie Aufwertung von technischen Berufen sollten gemeinsam behandelt werden.

Herausforderungen, die auch nach Corona alles andere als gelöst sind.

Es bedarf weiterhin großer Anstrengungen, um dem sich zuspitzenden Fachkräftemangel zu begegnen.

Prioritär sollen in den nächsten Monaten die Einrichtung eines „Guichet Unique“, die Entwicklung einer Willkommenskultur, die Bündelung von Informationen für Neuankömmlinge, Ausbildungsangebote für Führungskräfte sowie das Thema Berufsqualifizierung und die Berufsorientierung bearbeitet werden.

Von besonderer Bedeutung für die Arbeitsmarktpolitik bleibt aus unserer Sicht das Zukunftsprojekt „**Vermittlung aus einer Hand**“.

Mit diesem Projekt wollen wir eine neue Grundstruktur für die Begleitung von Arbeitssuchenden schaffen.

Dabei sollen nicht die Strukturen, sondern die Menschen mit ihren individuellen Bedürfnissen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Wenn wir nach der Krise die arbeitslos gewordenen Menschen schnell wieder in Arbeit bringen wollen, dann müssen Informations- und Reibungsverluste oder Doppelangebote endlich und ein für alle Mal unterbunden werden.

Reibungsverluste können wir uns nicht länger leisten! Das müssen wir ändern – und zwar schnell!

Leider werden derzeit die Angebote und organisatorischen Fragen nicht systematisch zwischen DSL, ADG und den ÖSHZ abgestimmt.

Zwar sind viele Maßnahmen behördenübergreifend nutzbar; die institutionelle Trennung bremst jedoch die Praxis.

Wir erkennen in diesem Bereich dringenden Handlungsbedarf und schlagen deshalb ein stark integriertes Modell der Vermittlungsarbeit vor, in dem alle Vermittler gemeinsam arbeiten, einrichtungsübergreifend und unabhängig vom Statut der Person, die in Arbeit vermittelt werden soll.

Es geht darum, die Begleitung der Arbeitssuchenden so zu organisieren, dass eine durchgehende Basisbegleitung durch einen Berater möglich wird.

Weg von einer stark an die getrennte Aufgabenwahrnehmung gebundene Vermittlungsarbeit, hin zu einer dezentralen Einmal-Anlaufstelle mit besonders enger Verzahnung.

Das ist unser Ziel.

Wir haben unseren Vorschlag bereits der strategischen AG Beschäftigung vorgestellt. Die Rückmeldungen sind ermutigend.

Wir wollen dieses Konzept noch in dieser Sitzungsperiode verabschieden.

Auch in der **Medienpolitik** stehen wir vor neuen Herausforderungen.

Die Krise hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, wie abhängig der Mediensektor von Werbeeinnahmen ist.

Um diesen Effekten entgegenzuwirken und einen hochwertigen Journalismus garantieren zu können, wird die Regierung dem Parlament in dieser Sitzungsperiode ein Dekret zur Förderung des Journalismus unterbreiten.

Damit wollen wir den lokalen Journalismus besser unterstützen, die Medienvielfalt fördern und deren Abhängigkeit von Werbe- und Veranstaltungseinnahmen verringern.

Mit der Übernahme der Zuständigkeiten für die Bereiche Raumordnung, Wohnungswesen und Energie erhielt die DG wichtige neue Instrumente, um aus Ostbelgien einen attraktiveren Ort zum Leben und Arbeiten zu machen.

Vor allem die Zuständigkeit **Raumordnung** eröffnet uns neue Möglichkeiten in der strategischen Standortentwicklung unserer Region.

In einer ersten Phase ist es uns gelungen, die Aufgaben der wallonischen Behörden nahtlos zu übernehmen.

Diejenigen, die glaubten, die DG sei zu klein, um solche Aufgaben zu übernehmen, haben festgestellt: Die raumordnerische Welt ist nicht untergegangen.

Die DG hat bewiesen, dass sie trotz ihrer Kleinheit in der Lage ist, die Raumordnung zu verwalten.

Jetzt kommt es darauf an, zu beweisen, dass wir auch in der Lage sind, die Raumordnung zu gestalten.

Wir wollen und wir werden die Raumordnungsgesetzgebung auf die ostbelgischen Bedürfnisse anpassen.

Die Regierung wird dem Parlament in Kürze eine entsprechende Orientierungsnote unterbreiten.

Neben kurzfristigen Maßnahmen, die über Erlass zu regeln sind, möchte die Regierung den Dialog mit dem Parlament über mittel- und langfristige Maßnahmen suchen.

Wir sind überzeugt, dass bei dieser Reform ein breiter Konsens möglich ist.

Unser Ziel ist, die aktuelle Gesetzgebung schon bis 2022 dekretal anzupassen und dann bis zum Ende der Legislaturperiode eine langfristige Vision zu erarbeiten.

Hier wird insbesondere die Arbeitsgruppe Raumordnung, in der die Gemeinden, die Fraktionen des Parlaments und die Sozialpartner vertreten sind, eine wichtige Rolle spielen.

Näheres dazu wird dem Parlament bereits Ende Oktober im Ausschuss I berichtet.

Mit den neuen Instrumenten der Raumordnung können wir nicht zuletzt Einfluss auf die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandortes nehmen.

So wollen wir zum Beispiel die Erweiterung der Industrie- und Gewerbezonen gezielt vorantreiben.

Wir sind bereit, gewillt und in der Lage, in den nächsten zehn Jahren die nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit zum Beispiel die wirtschaftlichen Aktivitäten an der Domäne in Bütgenbach und Büllingen, der Kaiserbaracke in Amel, den Industriezonen in St. Vith und Eupen, der Handwerkszone in Burg-Reuland und überall sonst, wo Bedarfe bestehen, ausgeweitet werden können.

Wir schlagen Ihnen vor, **die stolze Summe von 80 Mio. EUR für den Ausbau dieser Zonen vorzusehen.**

Ja, das ist sehr, sehr viel mehr, als die Wallonische Region vormals in unsere Industriezonen investiert hat.

Dennoch ist auch das gut angelegtes Geld.

Auch das ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinschaft.

Ähnlich wie in der Raumordnung hat es auch im **Wohnungswesen und der Energie** eine reibungslose Übernahme der Zuständigkeit gegeben.

Neben der rekordverdächtigen Anpassung vieler Artikel in der Wohnungsbaugesetzgebung und der Verabschiedung wichtiger Erlasse und Zusammenarbeitsabkommen, haben wir mittlerweile gemeinsam mit den

Wohnungsbaugesellschaften den Wohnungspark analysiert und Handlungsbedarfe beziffert.

Die DG hat ein Investitionspaket von sage und schreibe 60 Mio. EUR geschnürt, um den Wohnungsbestand in den nächsten zehn Jahren komplett zu sanieren und 100 neue Wohnungen zu finanzieren.

Schon in den ersten fünf Jahren wird die noch zu gründende Wohnungsbaugesellschaft für Ostbelgien 40 Mio. EUR zur Verfügung haben, um 2/3 des Bestands zu renovieren und zusätzlich 50 neue Wohnungen zu schaffen.

Die finanziellen Voraussetzungen für mehr, für besseren und für klimafreundlicheren Wohnungsbau werden damit gegeben sein.

In der Arbeitsgruppe Wohnungswesen und Energie wollen wir jetzt darüber reden, was für einen Wohnungsbau wir in Ostbelgien haben wollen und wem er zugutekommen soll.

Ähnliches gilt für den Bereich der Energie, wo wir schon sehr bald, im ersten Halbjahr 2021, ein neues Energieprämiensystem für die privaten Haushalte in Ostbelgien einführen wollen.

Dieses System soll die Energiekosten der Haushalte nachhaltig senken.

Die neuen Prämien werden uns helfen, unsere Klimaschutzziele zu erreichen.

Hierfür haben wir in unserem Zehnjahresplan 15 Mio. EUR vorgesehen. Auch das ist viel mehr, als die Wallonische Region hierfür bislang zur Verfügung gestellt hat.

Auch diese Investition dient der Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinschaft.

## 5. AUSBLICK

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen und wir müssen den weitreichenden Ereignissen der vergangenen Monate Rechnung tragen.

**„Business as usual“ kann und wird es nicht geben.**

Die vorliegenden Orientierungsdokumente und ersten neuen REK-Zukunftsprojekte, die ich eben beschrieben habe, zeigen neue Handlungskorridore auf.

Wir verstehen sie als Auftakt in ein neues Kapitel der Zukunftsgestaltung.

Wir verstehen sie als **Beginn eines neuen Aufbruchs.**

Zu Beginn der Legislaturperiode hatten wir uns vorgenommen, unsere Gemeinschaft zukunftsfähig zu machen. Daran halten wir fest.

**In jeder Krise steckt eine Chance.** Natürlich ist das eine Binsenwahrheit. Aber es ist eine Wahrheit.

**Wir müssen nur bereit sein, diese Chancen zu erkennen und zu nutzen.**

Wir müssen **rechtzeitig die richtigen Lehren aus der Krise ziehen**.

Und wir müssen dafür sorgen, dass diese Lehren finanziert werden können.

Hierfür schlagen wir ein **ehrzeigiges Investitionsprogramm** in Höhe von 600 Mio. EUR mit konkreten inhaltlichen Prioritäten vor.

Über diesen Vorschlag wollen wir jetzt mit dem Parlament austauschen.

Wir haben bereits vor knapp einem Jahr im zuständigen Ausschuss mit einer **parteiübergreifenden Diskussion** über die Investitionskapazität und die Schwerpunkte unserer Infrastrukturpolitik begonnen.

Diesen Dialog wollen wir jetzt ergebnisorientiert fortsetzen.

Wir sind offen für die Vorschläge aller Fraktionen.

Wir sind an einem breitestmöglichen Konsens interessiert.

Und wir sind uns nicht zu schade, konstruktive Vorschläge aufzugreifen und Abänderungen an unserem Programm vorzunehmen.

Die Regierung hat in den letzten Wochen zahlreiche Haushaltsklausuren organisiert.

Wir haben letzte Woche zudem alle Gemeindegremien einzeln getroffen, um über Investitionsbedürfnisse auszutauschen.

Wir werden Ihnen schon im Oktober eine aktualisierte Haushaltsplanung vorstellen können.

Diese Investitionen können wir uns leisten, ohne die Verschuldungskapazität unserer Gemeinschaft zu gefährden.

Selbstverständlich werden wir für einen Teil dieser Investitionen auf alternative Finanzierungsinstrumente zurückgreifen.

Und selbstverständlich werden wir uns bemühen, auf europäische Fördermittel zurückzugreifen.

Die Diskussionen über den europäischen Aufbauplan sind in vollem Gange, sowohl auf europäischer Ebene als auch innerbelgisch.

In der AG EU-DG sprechen wir uns regelmäßig über konkrete Perspektiven ab.

Kolleginnen und Kollegen,

In wenigen Jahren endet der Entwicklungsprozess „Ostbelgien leben 2025“, der uns seit 2008 begleitet; der es uns erlaubt hat, legislativübergreifend Politik zu gestalten und in unsere Lebensqualität zu investieren.

Viele namhafte Partner in Europa haben uns zu dieser Politik gratuliert.

Doch endet die ostbelgische Zeitzählung nicht im Jahre 2025.

Zu keinem Zeitpunkt wird es genügen, sich mit bereits Erreichtem zufriedenzugeben.

Neue politische Rahmenbedingungen, die hoffentlich zeitnahe Bildung einer neuen Föderalregierung mit neuen Zielen und Vorgaben, mögliche neue Staatsreformen, neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen und vieles andere mehr müssen wir im Blick behalten.

Neue Entwicklungen und äußere Einflüsse erfordern ein stetiges und kritisches Hinterfragen anberaumter Maßnahmen, Strategien und Leitbilder.

Mit dem Ausklingen des Prozesses „Ostbelgien leben 2025“ ist es an der Zeit, ein neues Leitbild, eine neue Perspektive für Ostbelgien nach 2025 anzustimmen.

Nennen wir es „Ostbelgien leben 2040“.

Wie wollen wir 2040 leben und arbeiten? Welchen Herausforderungen wird unsere Region gegenüberstehen? Was wollen wir erreichen?

Über diese und ähnliche Fragen wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern, der organisierten Zivilgesellschaft, den Gemeinden, den Sozialpartnern und selbstverständlich mit Ihnen, den Damen und Herren Abgeordneten unserer Gemeinschaft, beraten.

Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Gemeinschaft auch nach der Krise eine lebenswerte Region bleibt.

Lasst uns gemeinsam die richtigen Lehren aus dieser Krise ziehen!